

Forum Europäische Sicherheit 2014

Tagung des Mittler Report Verlages und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin

Wolfgang Labuhn und Peter Boßdorf

Welche Folgen für die Sicherheit Europas und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der EU-Partner und der europäischen NATO-Verbündeten ergeben sich aus dem aggressiven Vorgehen der Russischen Föderation in und gegenüber der Ukraine? Vor allem diese Frage stand über dem diesjährigen Forum Europäische Sicherheit, das die im Mittler Report Verlag erscheinende Monatszeitschrift „Europäische Sicherheit & Technik“ am 25. September 2014 gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in der Berliner Landesvertretung von Sachsen-Anhalt veranstaltete. Zum Auftakt sprach der frühere BAKS-Präsident Generalleutnant a.D. Kersten Lahl allerdings von gleich mehreren „Weckrufen“, die eine Neubewertung der sicherheitspolitischen Lage Europas erforderten: Nicht nur die Ukrainekrise, sondern auch der weiterhin ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt, die Lage im Nordirak und in Syrien nach den Erfolgen der Terrormiliz IS und die daraus resultierenden neuen Flüchtlingsströme ließen es, so Lahl, als dringlich erscheinen, sich wieder über gemeinsame Ziele und Inter-



(Foto: BAKS/Lammert)

Das erste Panel des Forums Europäische Sicherheit 2014 – v.l.n.r.: Hans-Ulrich Klose MdB a.D., Doris Wagner MdB, Brigadegeneral a.D. Armin Staigis (Moderator), Prof. Dr. hab. Krzysztof Miszczak, Prof. Dr. Johannes Varwick

essen und eine strategische Ausrichtung zu verständigen, die Europa die nötige Handlungsfreiheit sichere.

In seiner Keynote zu diesem Thema ging Klaus-Dieter Fritsche, Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes, auf zwei Aspekte der europäischen Sicherheit ein, die sich jenseits militärischer Strategien direkt aus den Entwicklungen aus der Ukraine ergäben. Zum einen stelle sich wegen des Verhalten Russlands erneut die Frage der Energiesicherheit Europas, da einzelne europäische Staaten zu fast 100 Prozent auf russische Gas- und Öllieferungen angewiesen seien. Zum anderen sei die EU angesichts der humanitären Krise in der Ukraine gefordert, wo der UNHCR von ca. 260.000 Binnenflüchtlings ausgehe, die Lebensmittelversorgung dürftig und das Ausmaß der Zerstörungen im Osten des Landes so enorm sei, dass dort die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas kaum noch möglich sei. Fritsche erweiterte den Katalog aktueller Gefahren für die europäische Sicherheit um terroristische Bedrohungen durch die Rückkehr kriegserfahrener IS-Kämpfer

in ihre europäischen Heimatländer, neue Bedrohungen durch Cyber-Angriffe und weitere Betätigungsfelder der Organisierten Kriminalität (Fälschung von Medikamenten, Umweltverbrechen, Internet und „legale“ Wirtschaftsaktivitäten). Ob diese vielfältigen Herausforderungen tatsächlich zu einem strategischen Schulterschluss Europas führen könnten oder dieser wie bisher an nationalen Interessen scheitert, erörterten die Teilnehmer des ersten Panels der Veranstaltung mit nüchterner Skepsis. Leider gebe es dazu in Brüssel keine Einmütigkeit, bemängelte Hans-Ulrich Klose, MdB a.D. (SPD), hob jedoch hervor, dass die Bedrohung eines NATO-Landes automatisch auch eine militärische Option bedeute. Ein „deutliches Signal“ der EU und der NATO an die Adresse Russlands verlangte Krzysztof Miszczak, Professor an der Warsaw School of Economics, der im übrigen das deutsche Verhalten gegenüber dem russischen Präsidenten Putin als „falsch“ rügte, während Johannes Varwick, Professor für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg, neue

Einladung

MITTLER REPORT

Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Forum Europäische Sicherheit 2014

Strategie und Sicherheit für Europa: Weiterentwicklung statt Stillstand!

25. September 2014

Landesvertretung Sachsen-Anhalt
Berlin · Luisenstraße 18

www.esut.de

Veranstalter:
Monatszeitschrift Europäische Sicherheit & Technik

Kooperationspartner:
Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Sicherheitsstrategien in Europa forderte. Hier sei die NATO völlig unverzichtbar und könnte durch die GSPV der EU bestenfalls komplementär ergänzt werden. Die NATO sollte sich als „2-Pfeiler-Bündnis“ aufstellen mit einem „Out-of-Area“-Konzept und mit einem europäischen Schwerpunkt unter viel größerer Beteiligung der Europäer, die wegen ihrer gegenseitigen Abhängigkeit viel stärker kooperieren müssten, eventuell auch mit dem Fernziel einer europäischen Armee.

Das zweite Panel war sich weitgehend einig bei der Beantwortung der Frage, ob die Sicherheit Europas nur mit oder nur gegen Russland möglich sei. Da Russland durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und seine militärische Beteiligung an der Destabilisierung der östlichen Ukraine nicht nur in jeder Hinsicht gegen Geist und Buchstaben aller vertraglichen Garantien für die Souveränität der Ukraine und auch der NATO-Russland-Grundakte aus dem Jahre 1997 verstoßen habe, gebe es derzeit keinerlei Vertrauensgrundlage für die früher angestrebte „strategische Partnerschaft“ mit der NATO mehr. Diese Entwicklung sei jedoch nicht von ungefähr gekommen, hieß es in der Runde unter Verweis auf das russische Verhalten z.B. in Transnistrien und im Georgien-Krieg und auf den Auftritt des russischen Präsidenten auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, der zu einer Anti-NATO-Philippika geriet. Nun müsse die NATO auch zeigen, dass sie zur Verteidigung ihrer östlichen Partner in Europa

bereit sei, etwa durch verstärkte Truppenpräsenz oder Manöver in diesen Ländern. General a.D. Harald Kujat, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, bedauerte in diesem Zusammenhang, dass der Umfang der NATO Response Force, die er während seiner Zeit als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses von 2002 bis 2005 initiiert habe, aus politischen Gründen nicht größer ausgefallen sei. Gernot Erler MdB (SPD), der Russland-Koordinator der Bundesregierung, und Margarete Klein von der Stiftung Wissenschaft und Politik plädierten dafür, den Gesprächsfaden mit Moskau nicht abreißen zu lassen, sodass als Ergebnis des Panels eine europäische Doppelstrategie ratsam schien. Die NATO-Rückversicherung für die östlichen Mitglieder muss glaubwürdig demonstriert werden. Darüber hinaus sollte versucht werden, die Anlehnung der Ukraine an die EU mit Präsident Putins Plan für eine Eurasische Wirtschaftsunion abzugleichen. Ein geeignetes Gesprächsforum dafür könnte nach Erlers Ansicht die OSZE bieten.

Das dritte Panel lenkte den Blick von aktuellen Krisen und Herausforderungen auf die weltweite wirtschaftliche Verflechtung und ihre sicherheitspolitischen Konsequenzen. In seinem einführenden Impulsvortrag identifizierte Frank Ewald, Vice President Corporate Security der Deutschen Post DHL, globale Sicherheitsrisiken, denen sich Staaten und Wirtschaft gegenübersehen. Um sie beherrschen zu können, seien nicht nur adäquate Sicherheitsinvestitionen, son-

dern auch ein Umdenken erforderlich. Es gelte, Ressourcen flexibel zu kombinieren und dabei die tradierte strikte Abgrenzung zwischen Ressorts oder Nationalstaaten untereinander, aber auch zwischen Staat und Wirtschaft zu überwinden. Im Panel betonte Stefan Mair, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, dass Sicherheitspolitik nicht allein dem Schutz von Grenzen, sondern auch von Wohlfahrt diene. Die europäische Sicherheitspolitik müsse sich dabei global verstehen. So sei etwa auch ein europäischer Beitrag für die fragile Sicherheitsarchitektur in Ostasien wünschenswert. Ewald wies darauf hin, dass Wirtschaftspolitik per se eine sicherpolitische Facette habe. Die wechselseitige Verflechtung stärke die globale Sicherheit. Allerdings, so gab Mair zu bedenken, dürfe man sich nicht in Sicherheit wiegen. Die starke Verflechtung habe Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren nicht vor einem Bürgerkrieg bewahrt.

Den Blick für Ursachen, Zusammenhänge und Trends zu schärfen und nicht, fertige Lösungen oder gar Patentrezepte zu bieten, sei das Ziel dieser Veranstaltungsreihe, unterstrich Kersten Lahl in seinem Schlusswort. Zentrale Fragen der Sicherheit Europas ergebnisoffen zu thematisieren, könne aber als eine Voraussetzung betrachtet werden, um klare Zielvorstellungen, stringente Umsetzungspläne und letztlich eine schlüssige strategische Ausrichtung europäischer Sicherheitspolitik zu entwickeln. ■

Neue Broschüre

MITTLER REPORT



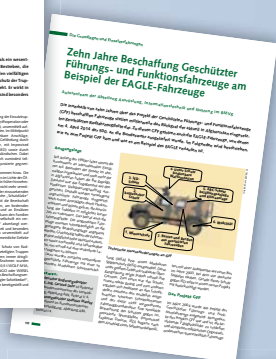
Die EAGLE-Familie

Themenschwerpunkte:

- Internationale Stimmen
- Grundlagen und Einsatzerfahrungen
- EAGLE-Varianten
- Schutzsystem
- Einrichtungen zum Selbstschutz
- Fahrzeugkomponenten
- Ausbildung und logistische Unterstützung
- Zukünftige Entwicklungen

Wehrtechnischer Report 3/2014, 112 Seiten,

€ 14,80 (zzgl. Versand)



Hier bequem online bestellen!

MITTLER REPORT VERLAG GMBH Baunscheidtstraße 11 · 53113 Bonn
 Fax: 0228 / 35 00 871 · info@mittler-report.de · www.mittler-report.de